

*Welche/r deutsche Politiker/in welcher Partei spricht im Bundestag endlich die infamen Lügen und den schändlichen Betrug an, mit denen die Bush-Administration den völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg gegen Afghanistan inszeniert hat?*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 046/10 – 14.02.10**

## **Warum schickt der Bundestag noch mehr deutsche Soldaten in den mit infamen Lügen und einem schändlichen Betrug angezettelten völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg der USA und der NATO in Afghanistan?**

*In der Regierungserklärung zur internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 in London, die Bundeskanzlerin Angela Merkel am 27. Januar vor dem Bundestag in Berlin abgegeben hat, sagte sie ziemlich am Anfang:*

"Nach den Anschlägen des 11. September galt es mitzuhelfen, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren. Es galt mitzuhelfen, Afghanistan den Weg zurück zu Frieden und Stabilität zu öffnen. Dieser Auftrag hat an seiner Bedeutung und seiner Gültigkeit nichts verloren."

*Gegen Ende ihrer Rede kam sie noch einmal auf den 11.9. zurück:*

"Wir dürfen nie die Umstände vergessen, die alle Bundesregierungen seit Ende 2001 bis heute zum Afghanistan-Einsatz bewogen haben: dass das von Taliban und al-Qaida beherrschte Afghanistan die Brutstätte des Terrors vom 11. September 2001 war. Ihm folgten weitere Anschläge. Deshalb galt damals und gilt heute: Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des internationalen NATO-Einsatzes war und ist in dringendem Interesse der Sicherheit unseres Landes." (Zitate entnommen aus <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17018.pdf> )

*Anlässlich der Beratung des Antrags der Bundesregierung zur "Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen" (s. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/ds-17-00654.pdf> ) am 10. Februar 2010 sagte Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung sofort nach der Begrüßung:*

"Die verheerenden Anschläge des 11. September im Jahre 2001 waren nicht allein ein Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika; sie waren ein Angriff auf die Grundlagen und die freiheitlichen Werte der Völkergemeinschaft. Die internationale Gemeinschaft hat mit beispielloser Geschlossenheit auf diese Herausforderung reagiert. Auch Deutschland folgte dem Aufruf des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der die Situation in Afghanistan als Bedrohung für den Weltfrieden einstufte. Heute beteiligen sich mehr als 40 Nationen unter dem Mandat der Vereinten Nationen am Einsatz in Afghanistan." ( Zitat entnommen aus <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17022.pdf> )

*Der Afghanistan-Krieg wird also von unserer Regierung immer noch mit den von der Bush-Administration inszenierten "Terroranschlägen" vom 11. September 2001 begründet, obwohl die darüber verbreiteten infamen Lügen inzwischen zum größten Teil wissenschaftlich fundiert widerlegt sind und weltweit immer weniger Menschen auf diesen schädlichen Betrug hereinfließen. Anlässlich des bestellten Massenmordes von Kunduz haben wir uns schon einmal mit diesem Problem beschäftigt und verweisen deshalb auf die LUFTPOST 159/09, die unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP19509\\_110909.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP19509_110909.pdf) aufzurufen ist. Darin haben wir unter Hinzuziehung wichtiger Quellen unsere Auffassung begründet, dass die Anschläge vom 11. September 2001 zu den "fingierten Ereignissen" gehören, die in der US-Politik schon häufig eine zentrale Rolle gespielt haben (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP04010\\_080210.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP04010_080210.pdf)).*

*Wie können Politiker bei dem heutigen Kenntnisstand immer noch so tun, als seien die Anschläge am 11. September 2001 von "Terroristen" verübt worden, die in Afghanistan ausgebildet und von dort aus dirigiert wurden? Die von der Bush-Administration vorgeschobenen Begründungen für den völkerrechtswidrigen Überfall auf Afghanistan sind genau so haltlos wie die Lügen, mit denen der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak gerechtfertigt wurde. Unsere Regierung und die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages schicken also immer mehr Soldaten in einen Krieg der mit einem beispiellosen Betrug vom Zaun gebrochen wurde und niemals hätte stattfinden dürfen.*

*Auch die Behauptung, die UNO habe die USA in der immer wieder angezogener Resolution 1373 des UN-Sicherheitsrats vom 28. September 2001 (aufzurufen über <http://www.un.org/Docs/scres/2001/sc2001.htm> ) zu einem militärischen Eingreifen in Afghanistan ermächtigt, ist eine glatte Lüge. In dieser Resolution steht diesbezüglich nur:*

Der Sicherheitsrat

bestätigt nochmals seine Resolutionen 1296 (1999) vom Oktober 1999 und 1368 (2001) vom 12. September 2001,

bestätigt ebenso seine eindeutige Verurteilung der terroristischen Anschläge, die am 11. September in New York, Washington D.C. und Pennsylvania stattgefunden haben und drückt seine Entschlossenheit aus, weitere Handlungen dieser Art zu verhindern,

bestätigt ferner, dass solche Handlungen wie jede andere Handlung des internationalen Terrorismus eine Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellen,

bestätigt **das naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, das in der Charta der Vereinten Nationen festgehalten ist** und in der Resolution 1368 (2001) angezogen wurde,

bestätigt **die Notwendigkeit mit allen Mitteln, in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, Bedrohungen zu bekämpfen**, die dem internationalen Frieden und der Sicherheit durch terroristische Handlungen drohen, ... (Hervorhebung hinzugefügt)

*Wir schließen uns der Bewertung Dieter Deiseroths an, der Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ist, und in seinem wichtigen Artikel "Jenseits des Rechts" (s. [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=2105270&em\\_loc=1231](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2105270&em_loc=1231) ) dazu Folgendes gesagt hat:*

Eine auf Art. 39 und 42 UN-Charta gestützte explizite Ermächtigung der USA und ihrer Verbündeten konkret zu der im Oktober 2001 begonnenen militärischen Gewaltanwendung im Rahmen der OEF in Afghanistan und außerhalb hat der UN-Sicherheitsrat nie erteilt, auch nicht in der SR-Resolution 1373 (2001) vom 28.9.2001, wie mancherorts ohne näheren Nachweis behauptet wird.

*In ihrem o. g. Antrag begründet die Bundesregierung den fortgesetzten Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auch mit dem so genannten ISAF-Mandat, das der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1386 (2001) erteilt hat (aufzurufen über <http://www.un.org/Docs/scres/2001/sc2001.htm> ). Darin heißt es:*

Der Sicherheitsrat ...

1. Autorisiert, wie im Anhang 1 der Bonner Vereinbarung vorgeschlagen, **für 6 Monate die Entsendung einer International Security Assistance Force, die der afghanischen Interimsregierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und seiner Umgebung assistiert**, damit die afghanische Interimsregierung und das Personal der Vereinten Nationen in einer sicheren Umgebung agieren können. (Hervorhebung hinzugefügt)

*Es war also nie die Rede davon, dass die ISAF, die mittlerweile der NATO unterstellt wurde, sich die Machtbefugnisse aneignet, die sie nach über acht Jahren immer noch ausübt.*

*Außerdem ist die strikte Trennung zwischen der US-geführten Operation Enduring Freedom / OEF und der ISAF längst aufgehoben, weil beide unter dem Kommando des US-Generals Stanley McChrystal stehen. Diese strikte Trennung hat das Bundesverfassungsgericht in seinem "Tornado-Urteil" (Urteil s. [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20070703\\_2bve000207.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20070703_2bve000207.html) , persönliche Stellungnahmen s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP\\_07/LP13907\\_070707.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_07/LP13907_070707.pdf) ) als unabdingbare Voraussetzung für einen legalen Bundeswehreinsatz in Afghanistan gefordert. In diesem Urteil heißt es dazu unter C II:*

2. An solchen Anhaltspunkten für eine strukturelle Entfernung der NATO von ihrer friedenswahrenden Ausrichtung fehlt es. Die angegriffenen Maßnahmen lassen keinen Wandel der NATO hin zu einem Bündnis erkennen, das dem Frieden nicht mehr dient und an dem sich die Bundesrepublik Deutschland von Verfassungs wegen daher nicht mehr beteiligen dürfte (vgl. Doehring, Systeme kollektiver Sicherheit, in: Handbuch des Staatsrechts, Bd. VII, 1992, § 177 Rn. 12). ...

b) In verfassungsrechtlicher Hinsicht geht es deshalb allein um die Frage, ob die NATO in Afghanistan durch ihr Zusammenwirken mit der Operation Enduring Freedom gegen das Völkerrecht verstößt und ob sich darin eine Abkehr vom friedenswahrenden Zweck des Bündnisses manifestiert. Diese Frage ist zu verneinen. Der Charakter des NATO-Vertrags ist durch den ISAF-Einsatz in Afghanistan und das dortige Zusammenwirken mit der Operation Enduring Freedom ersichtlich nicht verändert worden.

aa) ISAF und die Operation Enduring Freedom richten sich nach getrennten Zwecksetzungen, unterschiedlichen Rechtsgrundlagen und klar abgegrenzten Verantwortungssphären.

Während die Operation Enduring Freedom vornehmlich der unmittelbaren Terroris-

musbekämpfung gilt, dient ISAF der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Afghanistan, um eine Grundlage für den zivilen staatlichen Aufbau zu schaffen. Dass sich diese Aufgaben in der praktischen Ausführung überschneiden können, ändert an den getrennten Zwecksetzungen nichts. Die beiden Operationen sind auch in rechtlicher Hinsicht klar getrennt: Während sich ISAF völkerrechtlich auf ein Mandat des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen stützen kann, beruft sich die Operation Enduring Freedom für den Einsatz bewaffneter Gewalt auf das Recht auf kollektive Selbstverteidigung, wie es in Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannt wird. ...

Somit sind nicht nur rechtlich, sondern auch in der praktischen Durchführung hinreichende Vorkehrungen dafür geschaffen, dass es zu einer Vermischung der Operationen mit der Folge der Auflösung der bisherigen Trennung der Verantwortungsbereiche nicht kommt.

*Dass eine Trennung zwischen OEF und ISAF nicht mehr besteht, haben wir bereits in der LUFTPOST 195/08 angemerkt und eine erneute juristische Überprüfung gefordert (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP19508\\_131008.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP19508_131008.pdf) ), die bisher leider keine Fraktion in Gang gesetzt hat.*

*In der Aussprache über Westerwelles Regierungserklärung wurde ein anderer Teilaspekt der juristischen Problematik des Afghanistan-Krieges nur ganz kurz in einer Zwischenfrage thematisiert. (s. <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/vorlaeufig/17022.html> )*

*Hans-Christian Ströbele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragte seinen CDU Kollegen Philipp Mißfelder:*

Herr Kollege, Sie sprechen hier über die Verhandlungen und die damit verbundenen Probleme und benennen zu Recht richtige Punkte. Aber wir befinden uns heute nicht in einer entwicklungspolitischen Debatte, sondern wir sprechen darüber, ob der Deutsche Bundestag zusätzliche Soldaten nach Afghanistan schickt, 850 bzw. 500 und 350, je nachdem, wie man das rechnet. Darüber hinaus soll zusätzliches Kriegsgerät nach Afghanistan geschickt werden. Wie erklären Sie und wie erklärt die Bundesregierung – dazu hat Herr Westerwelle kein Wort gesagt –, wie auf der einen Seite Aufbau, Ausbildung und Verhandlungen stehen sollen, wenn auf der anderen Seite eine erhebliche Intensivierung der Kriegführung stattfindet? Darüber sprechen Sie nicht.

**Halten Sie es nicht ebenso wie ich für kontraproduktiv, wenn auf der einen Seite Verhandlungen angeboten werden, auf der anderen Seite dieselben Leute, mit denen verhandelt werden soll, möglicherweise von Zielfahndungskommandos der Bundeswehr, vor allen Dingen aber der US-Amerikaner, die jetzt 5 000 zusätzliche Soldaten in den Norden schicken, gejagt werden? Wie sollen Verhandlungen mit denen stattfinden, die gleichzeitig auf der Abschussliste mindestens der Amerikaner, möglicherweise auch der Bundeswehr stehen? Ist das nicht ein Widerspruch, und macht das eine das andere nicht unmöglich? Das heißt, die Art der Kriegführung muss auf den Tisch. Die Bundesregierung muss hier sagen, in welcher Weise die Bundeswehr dort eingesetzt wird. Gehört zu dem Einsatz der Bundeswehr auch, gerade nach den Ereignissen in Kunduz am 4. September, weiterhin Menschen zu vernichten, und zwar gezielt zu vernichten, wie Oberst Klein es damals verlangt hat? Wie lösen Sie diesen Widerspruch? (Hervorhebung hinzugefügt)**

*Mißfelder ging nicht auf die gezielten Auftragsmorde und eine eventuelle Beteiligung der*

*Bundeswehr ein und gab die völlig nichtssagende Antwort:*

Die letzte Frage ist die einzige Frage, auf die ich nicht mit Nein antworten werde. Sie haben mir drei, vier Fragen gestellt. Auf alle Fragen kann ich nur mit Nein antworten. Ich teile Ihre Haltung nicht; das wird Sie aber auch nicht überraschen. Ich möchte Ihnen deutlich sagen, warum sich die Bundesregierung zu dem entschlossen hat, was wir hier unterbreiten und was die Fraktion der CDU/CSU unterstützt. Wir unterstreichen mit der Erhöhung der Obergrenze und mit der Entsendung von mehr Soldaten im Rahmen dieses Mandats die Ernsthaftigkeit unseres Engagements. In der Debatte ist sehr deutlich herausgekommen, dass es sich bei der Anhebung der Obergrenze nicht nur um eine militärische Maßnahme handelt - das haben Sie uns gerade vorgeworfen -, sondern dass diese in einen größeren Rahmen von entwicklungspolitischen, zivilen und polizeilichen Maßnahmen eingebettet wird. Das ist unsere Strategie, und deshalb tragen wir das intensiv vor. Wir unterstreichen mit der Entsendung von mehr Soldaten die Ernsthaftigkeit unseres Engagements.

*Über die von Ströbele angesprochenen, nach Abschusslisten durchgeführten Auftragsmorde haben wir in der LUFTPOST 035/10 informiert (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP03510\\_040210.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP03510_040210.pdf)).*

*Welche/r deutsche Politiker/in welcher Partei spricht endlich die infamen Lügen und den schändlichen Betrug an, mit denen die Bush-Administration den völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg gegen Afghanistan angezettelt hat?*

*Welche/r Volksvertreter/in hat den Mut, das rückgratlose Nachbeten längst widerlegter Bush-Lügen über die Anschläge am 11.9.2001 im Deutschen Bundestag zur Sprache zu bringen? Wir haben euch nicht gewählt, dass ihr feige den Mund haltet, wenn US-hörige Bundesregierungen wider besseres Wissen immer noch Lügen verbreiten, die nur den Interessen des abgewirtschafteten US-Imperialismus dienen und die Profite der unersättlichen Rüstungsindustrie sichern. Wer hat noch so viel Mitgefühl und Anstand, dass er dem Abschlachten der Menschen in den überfallenen Ländern entgegen tritt und es unseren Soldaten erspart, sich daran beteiligen zu müssen?*

*Vertretet endlich die Interessen eurer Wähler, die zu 70 Prozent den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordern! Holt unsere jungen Menschen zurück, bevor sie dort für den "Friedensengel" Obama und seine Raubkriege ihr Leben oder ihre Gesundheit verlieren! Wenn ihr endlich aufwacht, könnt ihr auch gleich dafür sorgen, dass die raub- und mordgierige US-Soldateska ihre völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege nicht länger von Militärbasen in der Bundesrepublik aus führen kann. Wenn ihr nur wolltet, müsste sie nur zwei Jahre nach Kündigung des Stationierungsvertrages abziehen!*

*Die deutsche Friedensbewegung ruft unter der Überschrift "Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan" zu einer Großdemonstration am 20. Februar in Berlin auf (s. <http://www.afghanistandemo.de/>):*

## **Kein Soldat mehr!**

### **Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!**

Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind keine Entwicklungshelfer in Uniform. Die Bundeswehr tötet am Hindukusch. Nach dem Bombenabwurf in Kunduz wissen das alle.

Heute sind über 100.000 ausländische Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Die

Menschen in Afghanistan fühlen sich dadurch nicht befreit, sondern besetzt. Das nährt den bewaffneten Widerstand.

Jetzt sollen noch 40.000 weitere Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan Krieg führen. Davon 850 aus Deutschland. Die Bundesregierung will im Bundestag beantragen: Truppenaufstockung für Afghanistan.

Mit der Mehrheit der Bevölkerung sagen wir dazu Nein. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf: Stimmen Sie mit Nein! Schicken Sie keine weiteren Truppen, sondern ziehen Sie diese ab! Nur dann hat der Frieden eine Chance, können die humanitären Hilfsorganisationen ungefährdet arbeiten.

Wir rufen auf: Protestiert am 20. Februar gemeinsam gegen den Krieg. Macht den Abgeordneten klar: Gegen unseren Willen schickt die Bundesregierung weitere Truppen an den Hindukusch. Gegen unseren Willen werden weitere Milliarden für den Krieg ausgegeben. Gegen unseren Willen werden neue Waffen eingesetzt. Afghanistan braucht zivilen Aufbau, der verstärkt werden muss. Afghanistan braucht kein Geld für den Krieg.

Deutschland steht erneut vor der Entscheidung. Mehr Soldatinnen und Soldaten und mehr Waffen, damit mehr Tote und mehr Verletzte. Oder: Waffenstillstand, Truppenabzug und zivile Hilfe. Dafür demonstrieren wir. Dafür brauchen wir Unterstützung. Am 20. Februar und darüber hinaus.

**Keine Erhöhung der Truppen –  
Frieden und Aufbau statt Unterstützung für den Krieg!**

**Am 20. Februar gemeinsam gegen den Afghanistan-Krieg!**

*Wir hoffen, dass möglichst viele Menschen diesem Aufruf folgen, in dem leider wieder einmal ganz wichtige Aspekte fehlen.*

*Warum wird mit keinem Wort auf die infamen Lügen und den schändlichen Betrug eingegangen, mit dem die Bush-Administration diesen völkerverrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen hat. Sind die mit den fingierten Anschlägen am 11.9. verfolgten Absichten des US-Imperialismus auch in der Friedensbewegung tabu? Warum wird bei der Erwähnung der "über 100.000 ausländischen Soldatinnen und Soldaten" nicht gesagt, dass die meisten US-Amerikaner und die anderen den USA auf Kosten der Entsendeländer zur Verfügung gestellte Fremdenlegionäre sind? Warum fehlt auch der kleinste Hinweis auf die militärische Infrastruktur und die vielen Militärbasen der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik, die von entscheidender Bedeutung für alle – auch die bereits geplanten – US-Angriffskriege im Mittleren Osten sind? Wissenslücken ließen sich mit der LUFTPOST 272/09 ganz schnell auffüllen (s [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP27209\\_071209.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf)).*

*Wenn die Friedensbewegung bei jeder Ausweitung der US-Angriffskriege nur dagegen protestiert, dass immer mehr deutsche Soldaten daran teilnehmen, aber weiter unbeantwortet lässt, dass die US-Streitkräfte ihre Basen und ihre militärische Infrastruktur in der Bundesrepublik für diese Kriege nutzen, wird sich an den bestehenden verfassungswidrigen Zuständen nie etwas ändern.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**